

friedl^{icht}



Informationsblatt der

Deutschen Friedensgesellschaft – Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen

Gruppe Mainz, in Zusammenarbeit mit DFG-VK Wiesbaden und DFG-VK Hessen

Nr. 48

In dieser Ausgabe

**US-Soldaten verweigern
Condoleezza Rice in Luxemburg
Bush & Schröder in Mainz: Kundgebungsreden
Chris Paulson: „Do you think about me?“
10 Minuten Rosenmontagszug**

Neulich in
Guantanamo !!!

GIBS ZU, YOU
FLUCKING MOSLEM!
DU HAST MENSCHEN
GEFOLTERT!!!



Karikatur: Lutz Mathesdorf

OSTERMARSCH MAINZ

Eine andere Welt ist nötig! -
Gegen Militarisierung und Sozialraub!

SAMSTAG, 26. MÄRZ 2005

10:30 h, Hauptbahnhof Mainz
Abschlusskundgebung: 12:30 h Leichhof

Ostermarschaufruf: <http://www.dfg-vk-mainz.de/aktuell/?start=/aktuell/ostermarsch2005/aufruf.html>

Das andere Afrika

**Widerstand gegen Krieg,
Korruption und Unterdrückung**

Freitag, 22. April 2005, 19.30 h,

Martinsstift, Raupelsweg 1, Mainz

Referent: Emanuel Matondo

(Angolanische Antimilitaristische Menschenrechtsinitiative /
Iniciativa Angolana Antimilitarista para os Direitos Humanos &
Vorstandsmitglied Dritte Welt Journalisten Netzwerk)

Eine Veranstaltung der DFG-VK Mainz

Trotz Gewalt, Diktatur, Korruption sowie Raubbau an den Naturschätzen engagieren sich Menschen in Afrika auch mitten im Krieg oder Bürgerkrieg. Sie versuchen Presse- und Meinungsfreiheit sowie Menschenrechte durchzusetzen und organisieren praktische Abrüstungsmaßnahmen. Sie wenden sich gegen die Unterstützung der Despoten durch die Industrieländer. Emanuel Matondo berichtet von Beispielen in Kenia, Kongo-Kinshasa, Angola und Eritrea.

**Dave Carson, Golfkriegsveteran:
Schmeiß die Knarre weg,
George!**

„George, throw it away!“

Rede, vorbereitet für die Kundgebung
am 23. Februar 2005 in Mainz

Ich bin David Carson. Ich bin Veteran des Golfkrieges 1991. Damals, zu Beginn des Krieges, habe ich meine Kriegsdienstverweigerung erklärt. Die US-Armee schickte mich trotzdem in den Irak und erkannte meine Entscheidung erst ein Jahr später an.

Fortsetzung auf S. 2

Weitere Veranstaltungen in der Reihe *Das andere Afrika* mit E. Matondo finden von März bis Mai in der Schweiz, Frankreich, Deutschland und Österreich statt, darunter **Mi., 27.4. in Frankfurt/Main** (Dritte Welt Haus, Falkstr. 74) und **Fr. 29.4. in Bensheim**

Mehr Information und Termine unter:
<http://www.connection-ev.de/Afrika/>

Fortsetzung von S. 1: **Schmeiß die Knarre weg, George!**
Rede, vorbereitet für die Kundgebung anlässlich des Treffens
von Bush und Schröder am 23. Februar 2005 in Mainz

Dave Carson

Im „Desert Storm“ habe ich erkannt, dass Krieg keine Lösung sein kann. In all den Jahren danach musste ich zusehen, wie die USA und andere Länder immer wieder die militärischen Aktionen gegen den Irak ausweiteten, ihre Gewalt einsetzten.

Im Jahre 2000 übernahm George W. Bush die Präsidentschaft. Schon damals wusste ich, dass es eine Eskalation im Irak geben würde. Meine Ängste wurden bestätigt. Das war für mich der Punkt, an dem ich erkannte, dass ich mich selbst für Frieden einsetzen muss. Ich trat in Kontakt mit Friedensorganisationen, die Verweigerer des Golfkrieges unterstützen: *Connection e.V.*, dem *Military Counseling Network*, der *Stop the War Brigade*. In den letzten zwei Jahren habe ich immer wieder Soldaten beraten, die die Armee verlassen hatten oder die Armee verlassen wollten. Auch sie hatten verstanden, was Krieg bedeutet: vergeudete Energie, unsagbares Leid von Menschen, Zerstörung der Natur und der Lebensgrundlagen.



Vor zwei Jahren gab es aber auch die erste internationale Bewegung gegen den Krieg. Millionen von Menschen auf der Welt riefen:

„No war“ – Nein zum Krieg. Sie hofften, von den Regierungen der USA, Großbritanniens und anderer Länder gehört zu werden. Sie aber entschieden sich, diesen Aufruf zu ignorieren. Sie führten ihren Krieg im Namen der Demokratie – und traten auf der Demokratie herum: in Guantánamo, im Irak, gegen all diejenigen auf der Welt, die sich gegen diese Kriegspolitik wandten und wenden.

Noch immer dauert der Krieg im Irak an. Es droht sogar ein neuer Krieg gegen den Iran, George W. Bush kündigte das vor wenigen Wochen an. Das Spiel wiederholt sich. Für wirtschaftliche Interessen und um an der Macht zu bleiben, führt die US-Regierung Krieg – gegen den Willen der Bevölkerung.

Selbst die Soldaten der US-Armee zweifeln am Krieg, mehr und mehr. Gab es zu Anfang des Krieges nur wenige, die aus der Armee raus wollten, so häufen sich die Fälle in den letzten Wochen. All diejenigen, die schon im Irak waren, wollen kein zweites Mal in den Krieg ziehen. Es ist nicht leicht, aus der US-Armee wieder herauszukommen, wie ich selbst erleben musste. Alle Soldaten und Soldatinnen der US-Armee haben einen Vertrag unterschrieben und sind damit zu GIs geworden, zu „Government Issue“, zu Regierungseigentum. Sie brauchen das Recht, Nein sagen zu können. Wir werden sie weiter dabei unterstützen

Ich habe das Gefühl, dass viele Menschen in der Friedensbewegung die Nase voll haben: Ihr Ruf nach Frieden verhallt ungehört. Sie setzen all ihre Kraft ein, damit die Waffen endlich schweigen. Aber wir hoffen weiter: dass endlich klar wird, dass Krieg unrentabel ist, dass Krieg keinen Frieden schafft, sondern nur die Gewalt verstärkt.

Als Kind hatte auch ich die Vorstellung: dass man mit Waffen Frieden erzwingen kann. Ich komme aus dem selben Bundesstaat wie George W. Bush, aus Texas. Ich habe selbst erlebt, wie uns allen anerzogen wird, groß zu denken, große Konzepte, große Pläne zu verfolgen. Ich bin sicher, dass es George W. Bush da nicht anders ging – und auch nicht anders geht. Und trotzdem habe ich die Hoffnung, dass er versteht:

WELL,
ICH DENKE WIR
SOLLTEN HIER SITZEN
BLEIBEN, BIS ER VON
ALLEINE WIEDER AUF-
STEHEN KANN.

YES,
SIR!



Karikatur: Lutz Mathesdorf

Der Frieden kann nur dann erreicht werden, wenn der mit der größten Waffe als erster die Waffe niederlegt.

George W. Bush hält die rauchende Knarre in der Hand. Schmeiß sie weg, George, throw it away – erst dann wird die Demokratie eine Chance haben.

Menschen, die das US-Militär verlassen wollen,
finden Hilfe beim:

Military Counseling Network (MCN),

Hauptstr. 1, 69245 Bammental.

Tel. + Fax 06223-477 91,

E mail mcn@dmfk.de www.getting-out.de

„Denkst Du an mich?“

Die britische Zeitung *Daily Mirror* veröffentlichte einen Bericht über den zwölfjährigen irakischen Jungen Ali Ismail Abbas, dessen Bild um die Welt ging. Er schlief fest, als der Krieg sein Leben zertrümmerte. Eine Rakete vernichtete das Haus, in dem er wohnte, und fast die gesamte Familie. Er blieb als Waise, mit schweren Verbrennungen und ohne Arme zurück.

Unter Tränen fragte er, ob er seine Arme zürückerhalten könne, ob die Ärzte ihm ein neues Paar Hände besorgen könnten. Ohne Hände würde er Selbstmord begehen. Früher wollte er Armeemoffizier werden, jetzt wolle er Arzt werden. Aber wie – ohne Hände?

Chris Paulson hat zusammen mit Billy Goodman dazu aus der Perspektive des Jungen ein Lied geschrieben. Der Junge fragt Präsident Bush, ob er an ihn denke, wenn er im Weißen Haus und auf dem Golfplatz seinen Beschäftigungen nachgeht. Chris Paulson singt das Lied im Rahmen seines Auftritts bei der Protestkundgebung anlässlich des Treffens von Bush und Schröder in Mainz am 23. Februar 2005. Das Lied wird auch auf seiner neuen CD zu hören sein.

Mehr über Chris Paulson unter
<http://www.chrispaulson.de>



Do you think about me?

copyright 2003 **Chris Paulson, Billy Goodman**

**IN THE MORNING WHEN YOU WAKE UP
DO YOU THINK ABOUT ME?
OR THE UNCOUNTED INNOCENT VICTIMS
WHO LOST THEIR LIVES TO BE FREED**

**I REMEMBER SITTING WITH MY MOTHER
IN THE BEDROOM, WITH MY LITTLE BROTHER
SHE WAS REACHING OUT TO HOLD ME
WHEN THE ROOF CAVED IN**

**AND AT LUNCH TIME, IN THE WHITE HOUSE
DO YOU THINK ABOUT ME?
LYING HERE WITH MY ARMS BLOWN OFF
YOU'RE GRINNING ON TV**

**CALL YOUR FATHER ON THE GOLF COURSE
IS HE PROUD OF YOU, ON YOUR WHITE HORSE?
DID YOU FINISH HIS DIRTY BUISINESS
TRYING TO FILL HIS SHOES?**

**IN THE NIGHT TIME, WHEN YOU'RE SLEEPING
DO YOU DREAM ABOUT ME?
AND THE BOMBS FALLING FROM YOUR WAR PLANES
THAT KILLED MY FAMILY**

**I USED TO THINK THAT I WOULD BE SOLDIER
BUT THAT'S ALL CHANGED NOW, I WANT TO BE A DOCTOR
CAN YOU PLEASE SEND SOMEBODY HERE TO HELP ME
GIVE ME BACK MY HANDS**

Leidvolle Erfahrung lehrt:

Krieg ist ein Verbrechen an der Menschheit

Rede einer Aktiven der DFG-VK Mainz,
vorbereitet für die Kundgebung in
Mainz, Dienstag, 22. Februar 2005, 17 h,
am Vortag des Treffens
von Bush und Schröder

Liebe Bürger und Bürgerinnen,
Gäste und Besucher von Mainz,
liebe Zuhörer und Zuhörerinnen,

nicht nur die Älteren unter uns blicken auf Herrn Bush, den Vertreter des am stärksten militärisch aufgerüsteten Staates der Welt, mit einem lachenden und einem weinenden Auge. - Zwar wurde vor sechzig Jahren durch das militärische Eingreifen der Vereinigten Staaten u.a. die grausame Nazidiktatur beendet. Aber damals wurde auch unser schönes altes Mainz in Schutt und Asche gelegt, und viele Menschen starben bei den Bombenangriffen, die nicht nur militärische Ziele treffen sollten, sondern - wie ich selbst erleben musste - absichtlich auch Zivilisten, damit der Feind schneller kapitulierte. - Dieser Feind

hatte schon zuvor durch Fliegerangriffe auf Städte unermessliches Leid gebracht. - Nicht vergessen ist aber auch die Hilfe, die viele Deutsche erfahren haben, etwa die Luftbrücke nach Berlin, und vieles mehr. - Hinter aller Hilfe stand aber immer auch politisches Kalkül. - Im wieder aufgebauten und militärisch erstarkten Deutschland wurde ein riesiges Arsenal von Waffensystemen für den Einsatz gegen den Feind im Osten gelagert. - Diesen Feind gibt es zum Glück nicht mehr. Aber Waffen, auch atomare, lagern immer noch hier, und alliierte Soldaten sind auch noch da.

Warum wohl ?



Inzwischen haben sich Army und Air Force unter den Bushs zu weltweiten Eingreiftruppen entwickelt, die überall Kriege beginnen, wo es ihnen aus machtpolitischen und wirtschaftlichen Gründen opportun erscheint. - Angeblich sollen Diktaturen beseitigt und Massenvernichtungsmittel eliminiert werden. - Dass kriegerisches Vorgehen der betroffenen Region keinen Frieden bringt, sondern Selbstmordattentate und bürgerkriegsähnliche Zustände, kann man täglich im Irak sehen. Im Iran würde sich das Dilemma wiederholen, marschierten amerikanische Soldaten ein.

Mit edlen Motiven, Demokratie bringen zu wollen und Atomanlagen zu vernichten, die die ganze Menschheit bedrohen, lassen sich aufkeimende Zweifel und Gewissensbisse wegen eines angezettelten Angriffskrieges leicht unterdrücken. Auch Unterstützerstaaten solcher Angriffskriege beruhigen sich mit ähnlichen Ausreden. - Grundsätzlich sind ja diese edlen, humanitären Motive nicht zu verwerfen, nur die Mittel und Wege, auf denen sie umgesetzt werden sollen. -

Als Christin erwarte ich besonders von einem Politiker wie Ihnen, Herr Bush, der religiös sein will, dass er im Geiste der Bergpredigt, der Kernaussage des Christentums, und nicht nach der Aug'-um-Auge-Devisen unermüdlich versucht, gewaltfrei durch Verhandlungen und Diplomatie Konflikte zu lösen. Dass in diesem Zusammenhang auch weltweites Abrüsten gehört, versteht sich von selber. - Nutzen Sie doch die Chance als einer der mächtigsten und einflussreichsten Männer und machen Sie Friedenspolitik, die diesen Namen wirklich verdient. Zeigen Sie der Welt, dass im Christentum die Kraft der Liebe und Versöhnung wirkt. Verhelfen Sie dieser Kraft zum Sieg über Hass und Terror. Dann wird unsere Welt bald menschlicher aussehen. - Die Mainzer sind bekanntlich gastfreundlich und feiern gerne. Viele würden auch Sie, Herr Bush, mit offenen Armen empfangen, kämen sie mal wieder als Mann des Friedens. -

Ich appelliere auch an Sie, liebe Zuhörer und Zuhörerinnen. Verweigert euch gewissen Parteien und Politikern. Gebt ihnen nicht eure Stimme bei Wahlen, wenn sie Kriege ermöglichen und Kriege unterstützen.

Aus leidvoller Erfahrung wissen gerade wir Mainzer und alle Menschen, die ihn erlebt haben, Krieg ist ein Verbrechen an der Menschheit.

ub

Sendungen der Medieninitiative Radio Quer auf der Wiesbadener Lokalradiofrequenz UKW 92,5 MHz im Überblick
Aktualisierungen und weitere Informationen unter

Uhrzeit	Montags	Mittwochs	Freitags	Samstags
11 - 12	Agenda-Radio	Campusradio	Morgenmuffel mit DJ Joop	
14- 15	Die Kinderstunde	Radio Quer Dosenfutter		
15- 16		Radio Quer Aktuell – Das Info-Radio		
16- 17		1. Mittwoch im Monat: PAZIFISSIMUS. Sendung der DFG-VK Wiederholung am 2. Mittwoch im Monat 3. Mittwoch im Monat: Pradus Schmadus Show 4. Mittwoch im Monat: Kultur Querschnitt 5. Mittwoch im Monat: Workshop		
17 – 18		1. u. 3. Mittwoch im Monat: Tee für 3 2. Mittwoch im Monat: Indi-Mag 5. Mittwoch im Monat: abwechselnd Indi-Mag / Tee für 3		
18- 19		1. u. 3. Mittwoch im Monat: Friede, Freiheit, Menschenrechte 2. Mittwoch im Monat: Indi-Mag		
20 - 23				alle 2 Wochen Format Pausenraum abwechselnd mit Global / Lokal



Condoleezza Rice in Luxemburg - Protest gegen Kriegspolitik

Zu der Kundgebung „gegen die imperiale Politik der USA“ anlässlich des Besuchs designierten US-Außenministerin Condoleezza Rice waren am 9. Februar rund 200 Menschen vor den luxemburgischen Regierungssitz gekommen. „Kein Blut für Öl“ und eine US-Flagge mit den großen US-Firmen statt der Sterne waren zu sehen. Zahlreiche Pressevertreter waren anwesend. In vier Redebeiträgen von der Luxemburger Friedensinitiative, einer Gruppe für Frieden im Nahen Osten u.a. wurde die US-Politik im allgemeinen, im Irak, Iran und in Nahost im besonderen angeprangert. Aber auch Europa, das der US-Militarisierung naheieft und die Militarisierung in der neoliberalen EU-Verfassung festschreibt, wurde kritisiert. In einem Redebeitrag der AG Frieden Trier wurden die Luxemburger auch zur Demonstration „Not Welcome Mr. Bush - für eine friedliche und gerechte Welt!“ nach Mainz für Mittwoch, den 23. Februar 2005 eingeladen.

Am 10. Februar protestierten zudem Greenpeace-Aktivistinnen vor dem Tagungsort und über der Autobahn auf einer von Kletterern besetzten Anzeigentafel-Brücke und forderten mit einem Banner mehr Klimaschutz und die Unterzeichnung des Kyoto-Protokolls durch die USA.

Wir dokumentieren den

Redebeitrag von Markus Pflüger

bei der Demonstration am 9. Februar 2005. Markus Pflüger ist Sprecher der Arbeitsgemeinschaft Frieden Trier, Beirat der Informationstelle Militarisierung und Mitglied der DFG-VK. Er spricht auch bei der Kundgebung in Mainz am Dienstag, dem 22. Februar, am Vortag des Treffens von Bush und Schröder.

Liebe Friedensfreundinnen und Friedensfreunde,

Heute ist sie also hier in Luxemburg, die neue designierte Außenministerin der USA Condoleezza Rice. Die bisherige Sicherheitsberaterin bereitet den Besuch des US-Präsidenten Bush vor, d.h. sie bereitet Europa auf die Fortsetzung seiner Kriegsallianz vor. Sie schießt sich ein gegenüber den „Vorposten der Tyrannei“. So nannte sie Iran und die fünf weiteren Staaten Birma, Kuba, Nordkorea, Simbabwe und Weißrussland.

„Die Verbreitung von Demokratie und Freiheit“ nannte sie als zentrale Aufgabe der US-Außenpolitik: Welche Demokratie sie meint, können wir ahnen, wenn wir die Sicherheitsparanoia angesichts des Besuchs von Rice und Bush in Europa erleben. In Mainz drohten sie zum Beispiel das Grundrecht auf Versammlungsfreiheit auszuhebeln.

Welche Freiheit sie meint, können wir ahnen, wenn wir an die Gefangen in Guantánamo und die täglich neuen Folterberichte denken, wenn wir an die weltweiten Opfer der imperialen US-Kriege denken. Wie sagte Rumsfeld am 4.2.05 in CNN: „Was im Abu-Ghraib-Gefängnis am anderen Ende der Welt in der Nachtschicht vor sich ging, ist etwas mit dem sich jemand in Washington natürlich nicht

beschäftigen kann (FR 5.2.05 S.1).

Aber wir beschäftigen uns damit, dass die USA Völker- und Kriegsrecht brechen und Menschenrechte verletzen. Es reicht – Condoleezza Rice, so werden Sie die Steigbügelhalterin von Kriegsverbrecher Bush, der für die weltweite neoliberale Ausbeutungspolitik steht.

Nein, Condoleezza Rice – wir wollen diese Freiheit und Demokratie nicht, denn sie bedeuten weltweite Kriege und Unterdrückung für Macht und Öl, sie bedeuten rücksichtsloses Gewinn- und Machtstreben für die weltweite Vorherrschaft und die neoliberale Globalisierung zugunsten der Reichen.

Rice – übrigens ehemalige Aufsichtsrätin des Ölkonzerns Chevron – gilt als vollkommen loyal gegenüber Bush. Zusammen mit einem Folterbefürworter als Justizminister und weiteren neokonservativen Falken hat Bushs Gruselkabinett einen weiteren Rechtsruck vollzogen. Dazu passt, dass Bush vorgestern einen Haushaltplan vorlegte, der Milliarden aus Sozialprogrammen, Bildung und Umweltschutz streicht und dafür den Etat für Militär und Heimatverteidigung erhöhen soll. 419 Milliarden Dollar für die US-Kriegspolitik – das Pentagon wollte noch mehr.

Wir zeigen heute also auf die USA und prangern zu recht deren Kriegspolitik und deren Präventivkriegsstrategie inklusive Atombomben an. Doch diese Hand, die in Richtung USA zeigt hat noch drei weitere Finger und die zeigen in die andere - in unsere Richtung.

Der erste Finger zeigt auf Luxemburg, den Musterschüler der europäischen Militarisierung. Vorgestern meinte der Luxemburger Ministerpräsident und amtierende EU-Ratspräsident Juncker gegenüber dem Deutschlandfunk: „Wir müssen die Zusammenarbeit zwischen den Verbündeten verbessern.“ Er redet dann von Diplomatie, doch wenn es um das europäische Pendant zur US-Aufrüstung geht, sprechen die Entscheidungen eine andere Sprache: So hat die Luxemburger Parlamentskommission einstimmig für die Anschaffung eines neuen Militärtransportflugzeuges gestimmt. Und auch sonst ist Juncker ein Musterknabe der europäischen Aufrüstung. Luxemburg will der Militärverfassung Europas zustimmen.

Juncker, wir wollen, dass Luxemburg sich für eine gerechtere Weltwirtschaftsordnung – für ein ziviles und soziales Europa einsetzt! Setzen Sie sich für die Beseitigung der sozialen Ursachen von Terrorismus, wie Armut, Ausbeutung und Ungerechtigkeit ein, statt Condoleezza Rice Honig ums Maul zu schmieren!

Der zweite Finger zeigt auf Deutschland und die Politik der rot-grünen Regierung, die die qualitative Aufrüstung zu weltweiten Kriegseinsätzen von CDU und FDP konsequent weiterentwickelt. Rot-Grün eifert der Präventivkriegsstrategie der USA nach und will mit den neuen verteidigungspolitischen Richtlinien die Bundeswehr endgültig zu einer weltweit agierenden Interventionsarmee ausbauen, die - ich zitiere - "weder hinsichtlich ihrer Intensität noch geografisch" begrenzt sein soll. Strucks so genannte "vertei-

digungspolitische Richtlinien" sind ein orwellischer Verschleierungsbegriff. In Wirklichkeit handelt es sich um kriegspolitische Richtlinien zur Wahrung von Wirtschafts- und Machtinteressen - die eh unsinnige militärische Landesverteidigung ist damit endgültig passé. Hinzu kommt, dass in Ramstein und Büchel US-Atomsprengeköpfe lagern - die Bundeswehr übt deren Einsatz und verstößt mit dieser atomaren Teilhabe gegen den Atomwaffensperrvertrag. Die rot-grüne Regierung war offiziell gegen den Irakkrieg. Dies war jedoch Wahltaktik und diente zudem wirtschaftlichen Interessen, denn faktisch wurde der Krieg sogar unterstützt: Deutsche Bundeswehrsoldaten bewachten die US-Stützpunkte für den Krieg, es gab Start- und Überflugrechte für diesen völkerrechts- und grundgesetzwidrigen Krieg, Bundeswehreinheiten entlasteten das US-Militär in Afghanistan und unterstützten die Koalition der Kriegswilligen im Mittelmeer. Rot-Grün unterstützt zudem den Ausbau der todbringenden US-Kriegsflughäfen Ramstein und Spangdahlem finanziell und rechtlich. Die Landesregierungen von Hessen und Rheinland-Pfalz mit Kommunalpolitikern von SPD, FDP und CDU müssen klar als Mitverantwortliche an dieser direkten Umweltzerstörung und dieser indirekten Kriegsunterstützung durch diese Flughäfen und deren Ausbau auf Kosten von Mensch und Umwelt benannt werden

Ramstein ist keine beliebige US-Militärbasis, sondern DAS Zentrum des US-Nachschubs und der Vorbereitung des Irakkriegs in Europa. Ramstein war und ist zusammen mit Spangdahlem Nadelöhr und Nabel der US-Kriege der letzten Jahre. Spangdahlem wäre die Tankstelle für den Iran-Krieg. Beide gehören als die zwei größten Kriegsflughäfen Europas zum Eckpfeiler der aggressiven Politik, wie sie im Nationalen Sicherheitskonzept der Bush-Regierung formuliert ist. Ramstein ist logistische Drehscheibe für die Besatzung im Irak - deren Ende längst überfällig ist. Sie sind dabei Symbol und konkreter Standort der US-amerikanischen, aber auch der von Deutschland und der NATO unterstützten Kriegsmaschinerie. Diese Kriegsflughäfen dienen nämlich nicht nur den US-Streitkräften, sondern auch den NATO-Militärs - in Ramstein ist das Hauptquartier der Alliierten Luftstreitkräfte in Nordeuropa, hier trainieren Soldaten aus über 14 Nationen den Krieg, von hier aus führen sie Krieg.

Die Arbeitsplätze bei den Kriegsflughäfen dienen dem Tod und der Zerstörung. Das Militär verschlingt Unsummen, die unseren Sozialsystemen fehlen. Die Region braucht stattdessen nachhaltige Arbeitsplätze und lebenswerte Wirtschaftskonzepte zum Beispiel im Bereich erneuerbare Energien und Fremdenverkehr. Solche Alternativen gilt es zu entwickeln und zu fördern, statt die Kriegstrommel zu rühren, Anwohner zu enteignen und Steuergelder zu missbrauchen. Damit die Region eines Tages befreit von Lärm, Abgasen und der an vielen Kriegen beteiligten Airbase aufatmen kann, müssen für die Menschen echte Alternativen entwickelt werden.

Wir fordern daher Konversionsprogramme statt Ausbau von Ramstein und Spangdahlem!

Wir fordern von den Herren Struck, Schröder und Fischer: Nehmen Sie diese kriegspolitischen Richtlinien zurück, wir wollen zivile Konfliktbearbeitung statt weltweite Bundeswehreinsätze - wir fordern Entmilitarisierung statt Sozialabbau!

Der dritte Finger schließlich zeigt auf Europa, denn die Militarisierung der Europäischen Union ist ein Irrweg, den die europäischen Regierungen, allen voran Deutschland und Frankreich mit Unterstützung Luxemburgs einschlagen - Deutschland wird bei der EU-Truppe das größte Kontingent und die Führung stellen. "Kerneuropa" nennt Fischer

diese unsägliche Kriegskoalition mit der den USA - halb in Konkurrenz, halb in Kooperation - nachgeeifert wird. Die EU ist mit dem aktuellen Verfassungsentwurf neoliberalen Zuschnitts dabei, sich weiter in die falsche, militärische Richtung auszubauen. Es ist ein Unding: die erste Verfassung, in der es eine Aufrüstungsverpflichtung gibt. Zur militärischen Festung Europa gehören außerdem die Abschottungs- und Abschiebepolitik gegenüber Flüchtlingen, Demokratieabbau, Repressionen und der aktuelle Sicherheits- und Überwachungswahn.

Wie fragte die Luxemburger Wochenzeitung Woxx im Januar 2005: „Liegt die Zukunft Europas darin, noch schlechtere Amerikaner zu werden?“

Nein, wir wollen nicht, dass Europa dem Kriegskurs der USA nacheifert.

Wir sagen daher klar: Nein zu dieser EU-Verfassung, Nein zur Militärmacht EU!

Für ein ziviles Europa, das den Krieg verweigert!

Bleibt noch der Daumen übrig, er steht für das kapitalistische Verwertungssystem in das diese Kriegspolitik eingebettet ist, er steht für die neoliberale Globalisierung mit Multis, Privatisierung und Freihandelsverträgen zulasten der Armen und Ausgebeuteten. Von Puebla bis Panamá, von Genua bis München zeigt dieses System, in dem wir leben, seine hässliche Fratze.

Widersetzen wir uns diesem permanenten Krieg, denn wir wollen keine Weltmacht USA und keine Weltmacht Europa.

Wir wollen eine andere, gerechte & friedliche Welt

Nach unserem heutigen „Not Welcome Condoleezza Rice“ wird es am 23.2.05 bei der Demo in Mainz heißen - „Not Welcome Mr. Bush“ - wir wollen eine friedliche und soziale Welt!

Mainz, den 13.02.2005

Verdachtsunabhängige Personenkontrolle

Am Sonntag, den 09.01.2004 begab ich mich mit meinem Aufnahmegerät und Mikrofon in die Innenstadt von Mainz, um einige Interviews unter der Bevölkerung von Mainz bzgl. des bevorstehenden Besuches von G.W.Bush zu machen. Meine Frage für eine Sendung von Radio-Quer Mainz-Wiesbaden lautete lapidar. „Am 23. Februar wird G.W.Bush die Stadt Mainz besuchen. Was ist Ihre Meinung dazu?“ An der Bushaltestelle „Höfchen“ wurde ich von einer Polizeistreife angehalten und gefragt, was ich da machen würde. Nachdem ich Auskunft gegeben hatte, wurde ich nach dem Presseausweis gefragt. Nachdem ich entgegnete, daß ich dafür keinen Presseausweis benötigen würde, wurde von mir der Personalausweis verlangt, den ich auch herausgab.

Bei der für die Polizei erfolglosen Kontrolle beschwerte ich mich, daß dies ja pure Bespitzerei wäre. Mir wurde nur rüde entgegnet, daß ich doch im POG (Polizeiordnungsgesetz) von Rheinland-Pfalz nachlesen solle:

„Verdachtsunabhängige Personenkontrolle“. Fazit: Es „deutschelt“ mal wieder sehr in unserem Lande, wo selbst harmlose und anständige Interviewer mit irgendwelchen quasi-kriminellen Gestalten in eine Ecke gestellt werden. Armes Deutschland, es lebe unsere scheinbar scheindemokratische Grundordnung. Pfui Teufel!

P.K.

Zehn Minuten Rosenmontagszug

Wir wollten einfach mal als Gruppe im Rosenmontagszug mitgehen, wie es hin und wieder auch schon andere vor uns gemacht haben. Schon früher war bei uns diese Idee aufgekommen. Einige Mitglieder der DFG-VK Mainz überlegten hin und her, dachten über ein Motto nach, kamen zu verschiedenen Ideen, aber angesichts anderer Aktivitäten wurde vorerst nichts daraus.

Doch dann kam es doch anders: Als Anfang Januar verkündet wurde, dass Präsident Bush am 23.2. Schröder in Mainz treffen wird, begann eine hektische Aktivität vieler Gruppen in Mainz, und VertreterInnen dieser Gruppen und engagierte Einzelpersonen trafen sich bereits wenige Tage später, um zu überlegen, wie sie den Besuch von Mr. Bush würdigen könnten.

Es fanden sich dann doch noch Leute zusammen, die spontan entschieden, jetzt doch noch eine Zugnummer auf die Beine zu stellen. Das Thema war klar und hochaktuell. Nach einigen Überlegungen wussten wir, was wir machen: Wir nehmen einen Bollerwagen, setzen eine Strohfigur hinein, mit dem Gesicht von George W. Bush. Vor sich hat er ein großes schwarzes Buch aus Pappmaché. Am Wagen befestigen wir ein Schild: "Ins Goldene Buch darf Bush nicht rein, jetzt trägt er sich ins Schwarzbuch ein." Dies ist ein regionales Thema, da der Mainzer OB Jens Beutel in einem Interview erklärt hat, dass er sich dafür einsetze, dass sich Bush ins Goldene Buch der Stadt Mainz einträgt. Wir wissen, dass viele Mainzer dies nicht wollen.

Als Kostüme gab es zerschnittene orangene Papiertischdecken, die an das Orange der Gefangenen in Guantánamo erinnern sollten. Außerdem bereiteten wir Schilder vor mit Texten wie: "Neue Modifarbe – Guantánamo-Orange", "Brezeln statt Bomben", "W(eck)W(orscht)W(oi).NotWelcomeBush.de", einige Karikaturen u.ä. vor.

Intensiv arbeiteten wir an der Umsetzung dieser Idee. Durch das gleichzeitige Engagement im Aktionsbündnis: "Not Welcome, Mr. Bush" waren wir alle zeitlich sehr eingespannt, dennoch stahlen wir uns die Zeit, um an unserem Fassenachtswagen zu arbeiten. Wir planten und kauften ein: Hasendraht, Tapetenkleister, Stroh, Material für die Schilder und was wir so meinten zu brauchen. Dann fingen wir an zu basteln und zu werkeln. Alles auf den letzten Drücker, aber wir haben es geschafft: 10 Schilder mit Sprüchen und Karikaturen waren vorbereitet. Das Gesicht der Bushpuppe konnten wir nur mit einem Foto kenntlich machen, welches wir ausgedruckt und auf eine Styroporkugel geklebt haben, die mit Stroh umwickelt war, da eine Bush-Maske einfach nicht aufzutreiben war.

Am Morgen des Rosenmontags transportierten wir die Einzelteile in die Stadt, bauten sie zusammen und trafen uns dann am Bonifaziusplatz. Kostüme wurden ausgeteilt und dann warteten wir auf eine passende Gelegenheit, zu dem Zug zu stoßen. Wir einigten uns darauf, dass wir die erste Gelegenheit nach dem Bush-Merkel-Motivwagen des MCVs ergreifen, um uns mit unserer ca. zehn Leute umfas-

senden Gruppe einzumischen (In Mainz kennt wohl jeder diesen Motivwagen: Bush hat die Hosen runtergelassen und Merkel nimmt Anlauf, um ihm in den Arsch zu kriechen).

Die Einreihung in den Zug trennte unsere Gruppe. Während die meisten Schilderträger vor einer Guggemusik ihre Schilder hochhielten und mit den Besuchern Fassenacht feierten, taten die Bollerwagenzieher es hinter der Guggemusik. Die Stimmung war gut, die Leute freuten sich über uns und wir über die Leute. Es schien ein schönes Ereignis zu werden...



Die gute Stimmung hielt nicht lange an. Nach ca. 100 Metern wurden wir von der Polizei harsch aufgefordert, den Zug zu verlassen. Eine Person wurde von zwei oder drei Polizisten wortlos von hinten umfasst und aus dem Zug gezogen. Eine andere bekam einen Boxhieb auf den Arm, als sie einen Polizisten auf den noch folgenden Bollerwagen aufmerksam machen wollte. So fanden wir uns bald auf dem Grünstreifen am Zugrand wieder, vor uns ein Polizistenpulk von mindestens 15 Personen.

Mit der Herausnahme aus dem Zug haben wir gerechnet, nicht aber mit körperlicher Gewalt, und auch nicht damit, dass unsere Personalausweise eingesammelt werden, wir in einer ewig erscheinenden umständlichen Prozedur alle fotografiert und gefilmt werden, die Polizei mit der Staatsanwaltschaft telefoniert, damit diese entscheidet, ob unsere lustige Aktion den Tatbestand der Diskriminierung, der Beleidigung oder einer unangemeldeten Demonstration erfüllen würde. Wir wurden wohl fast eine Stunde am Rande des Zuges festgehalten.

Nachdem wir ursprünglich lediglich Zugverbot erteilt bekommen haben, wurde uns später von einem Polizisten das weitere Auftreten in der Stadt mit unseren Schildern und dem Bollerwagen untersagt. Eine Begründung dafür wurde verweigert. Vielleicht hätten wir es nochmal darauf ankommen lassen können, aber die Lust dazu war uns vergangen.

Auch wenn Mainz sich einbildet, für seine politische Fassenacht berühmt zu sein, haben wir erlebt, dass mit zweierlei Maß gemessen wird. Der Gruppe wurde (laut einem Artikel in der Mainzer Rhein-Zeitung) vorgeworfen "einen Karnevalszug für ihre politischen Zwecke zu missbrauchen".

Büttenreden und Zugnummern bewegen sich in einem nicht eindeutig abgegrenzten Bereich zwischen konventioneller politischer Meinungsäußerung und karnevalistischer Satire. Darüber, was fastnachtsgemäß ist, kann man sehr unterschiedlicher Meinung sein. In Mainz-Mombach gingen im vergangenen

Jahr CDU und FDP als Parteien klar erkennbar im Zug mit, inklusive Luftballons mit Parteiwerbung. Dieses Jahr wurde dort im Umzug für den Erhalt des Mombacher Schwimmbads demonstriert. Auch die GegnerInnen des Flughafenbaus durften schon einmal ganz offiziell im Rosenmontagszug mitlaufen – allerdings lehnt auch die Stadt Mainz den Ausbau ab.

Kein Problem gibt es offenbar mit kommerziellem Missbrauch. So gab es z.B. diesmal im Rosenmontagszug schon wieder einen völlig unlustigen und hässlichen Wagen der Supermarktkette Plus mit plumper Werbung.

Natürlich wird von offizieller Seite argumentiert, wir wären ja nicht angemeldet gewesen. Im Lauf der Jahre sind immer wieder im Zugprogramm unerwähnte Gruppen zu sehen gewesen. Wenn die Zugleitung sogar das politisch unverdächtige und in der Fastnachtshierarchie hochstehende Wiesbadener Prinzenpaar ablehnt, können sich andere schon ihre Chancen ausrechnen.

Wieder aktiv:

Beratungsstelle der DFG-VK für Kriegsdienstverweigerer aus der Türkei

Kontakt:

Zeynettin Er

Tel. montags bis freitags 0162-699 72 37
ktski@gmx.de

Zeynettin Er spricht in Mainz bei den Protestkundgebungen anlässlich des Treffens von Bush und Schröder am 23. Februar 2005



Beratung für VerweigererInnen aus den USA:

Military Counseling Network (MCN),

Hauptstr. 1, 69245 Bammental.

Tel. + Fax 06223-477 91, E-mail mcn@dmfk.de

www.getting-out.de

Beratung für ausländische Kriegsdienstverweigerer

(-innen), Kriegsdienstflüchtlinge und Deserteure(-innen):

Connection, Gerberstr. 5, 63065 Offenbach. Tel. 069-82 37 55 34,

Fax 069-82 37 55 35, E-Mail office@Connection-eV.de

Kontaktadressen & regelmäßige Termine der DFG-VK im Bereich der Landesverbände Hessen und Rheinland-Pfalz

Deutsche Friedensgesellschaft - Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen

Sektion der War Resisters' International (WRI)

Landesverband Hessen, Mühlgasse 13, 60486 Frankfurt

Tel. 069 499 1110, Fax 069 499 0007, dfgk-hessen@t-online.de

Aschaffenburg (das liegt zwar in Bayern, zählt aber DFG-VK-mäßig zu Hessen): c/o Gunnar Schedel, Hangstr. 3, 63768 Hösbach.

Tel. + Fax 06021-581 734 (Alibri-Verlag) verlag@alibri.de

Kriegsdienstverweigerungsberatung nach telefonischer Vereinbarung.

Bad Kreuznach & Landesverband Rheinland-Pfalz:

c/o Jürgen Locher, Sigismundstr. 12, 55543 Bad Kreuznach. Tel. 0671-62878.

Kriegsdienstverweigerungsberatung nach telefonischer Vereinbarung

Bensheim: Klaus Lemmes, Starkenburgstr. 4, 64625 Bensheim

Tel. 06251-644 26. KDV-Beratung nach telefonischer Vereinbarung

Darmstadt: c/o Michael Bauer, Gerhart-Hauptmann-Str. 47, 64291 Darmstadt.

DFGVKDarmstadt@aol.com Gruppentreffen dienstags 19.30 h, ehemalige

Bessunger Knabenschule, Ludwigshöhstr. 42.*

Kriegsdienstverweigerungsberatung telefonisch: Tel. 06151-375662

Frankfurt: Mühlgasse 13, 60486 Frankfurt. Tel. 069-498 03 94 Fax 069-499

000, dfgvkffm@t-online.de **Pazifistischer Ratschlag:** 2. Montag im Monat 19 h,

KDV-Beratung 1. Montag im Monat 18 h

Friedberg: Hintergasse 27, 61169 Friedberg. dfgvk-friedberg@web.de

Kassel: Annastr. 11, 34119 Kassel. Kriegsdienstverweigerungsberatung nach

telefonischer Vereinbarung Tel. 0561-89 30 27.

Lahn-Dill: c/o Martin Otto, Magdalenenhäuser Weg 31, 35578 Wetzlar.

Kriegsdienstverweigerungsberatung nach telefonischer Vereinbarung:

Tel. 06441-25462 (Martin Otto), 06441-71416 (Stefan Rohleder)

Mainz: c/o Bürogemeinschaft, Martinsstr. 2, 55116 Mainz. Gruppentreffen incl.

Kriegsdienstverweigerungsberatung: 1. Montag im Monat, 19.30 h

dfgvkmz@web.de; www.dfg-vk-mainz.de

Marburg: Postfach 1246, 35002 Marburg. Tel. 06421-217 83. E-Mail

dfgvk@lahn.net, www.lahn.net/dfgvk/dfgvk.html

Gruppentreffen montags 20 h, Kfz, Schulstr.6.

Radiosendung: KALASCHNIKOV - das Magazin für militanten Pazifismus

2-wöchentlich mittwochs 19 h bis 20 h, die Wiederholung in der jeweils folgenden

Woche um 15 h bei Radio Unerhört Marburg UKW 90,1 MHz

Offenbach: c/o Franz Nadler, Riethgasse 4, 63075 Offenbach. Tel. + Fax: 069-

81 51 28. office@Connection-eV.de

Gruppentreffen dienstags 20 h, Club 32, Landgrafenstr. 5

Wiesbaden: c/o Peter Silbereisen, Wilhelminenstr. 30, 65193 Wiesbaden. Tel.

0611-910 36 66, Fax 0611-910 36 65 peter.silbereisen@web.de

Radiosendung PAZIFISSIMUS (Sendung von DFG-VK Mainz & Wiesbaden), 1.

Mittwoch im Monat 16 h, Wdh. 2. Mittwoch im Monat 16 h, im Rahmen des

Programms von Radio Quer auf der Wiesbadener Lokalradiofrequenz UKW 92,5

MHz pazifissimus@web.de

Internet DFG-VK Mainz www.dfg-vk-mainz.de,

DFG-VK Marburg: www.lahn.net/dfgvk/dfgvk.html

DFG-VK bundesweit www.dfg-vk.de

WSRP Bus, DFG-VK, Bürogemeinschaft, Martinsstr., Mainz

Deutsche Friedensgesellschaft - Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen

Gruppe Mainz

Neu: c/o Bürogemeinschaft, Martinsstr. 2, 55116 Mainz

Gruppentreffen incl. Kriegsdienstverweigerungsberatung
am 1. Montag im Monat 19.30 h

Konto 3683 00-600, Postbank Frankfurt, BLZ 500 100 60

dfgvkmz@web.de www.dfg-vk-mainz.de

Informationen der DFG-VK sowie die Zeitschrift *Graswurzelrevolution* sind oft
erhältlich im Cardabela-Buchladen, Frauenlobstr. 40, Mainz

Redaktionsschluss dieses *Friedlichts*: 13.2.2005



DFG-VK